

Mehr Wissen. Mehr Können. Mehr Zukunft.

Der **FREIE WÄHLER**

Postvertriebsstück Nr.: 08837

DAS WESTLICHE GESELLSCHAFTSMODELL IN DER KRISE

Die Magie von Frieden, Stabilität, wirtschaftlichem Aufschwung, Freiheit und Sicherheit hat lange Zeit den Glauben genährt, es handle sich um einen anhaltenden Zustand. Die Krisen rund um den Globus in Form von kriegesischen Konflikten, Machtrivalitäten, Klimawandel, Umweltproblemen, Terror, Flüchtlingsströmen und einem besorgniserregenden Ausmaß an Populismus haben uns aus unserer Selbstzufriedenheit aufgeschreckt. In einer wirren und bisweilen einsilbigen Diskussion beginnen wir zu begreifen, dass in diesem westlichen Gesellschaftsmodell ein organisierendes Prinzip fehlt.

Von den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, den Nationalstaaten oder gar Landesregierungen schnelle Lösungen zu erwarten, käme einem grenzenlosen Optimismus gleich. Die Protagonisten selbst erleben zum Teil diese Dauerkrise und zittern vor den anstehenden Wahlen, vor den Geistern des Rechtspopulismus oder ihrer inneren Zerris-

senheit. Alles, was die bisherige westliche Welt mit ihren Grundüberzeugungen zum Wohle ihrer Bevölkerung als Erfolgsmodell schaffen konnte, droht zu zerfallen. Ein amerikanischer Präsident, der den in der NATO installierten gemeinsamen Schutzschild in Frage stellt, den gemeinsamen Freihandel nebst liberaler Wirtschaftsordnung aufkündigt und sich außenpolitisch um die gemeinsamen Werte nicht mehr schert, sieht sich nur noch „America first“ verpflichtet. Er glaubt damit die angeblich goldenen Zeiten einer verkürzten Vergangenheit zurückholen zu können und stellt so selbst eine latente Gefahr dar. Mit seinem Chefstrategen Steve Bannon verbindet ihn neben einer fanatischen Liebe zum Nationalismus auch ein Hass auf Linke, Liberale und Befürworter der Globalisierung. In ihren Augen ist die Säkularisierung Teufelswerk. Sie träumen von einer christlichen Entscheidungsschlacht, einem Armageddon gegen den Islam und für den geschlossenen Nationalstaat. Für gemeinsame Werte, wie sie Europa versteht, ist in diesem Denken kein Platz mehr. Das Hoffen auf nachhaltige Korrekturen in einem so verschrobenen Weltbild ist illusorisch.



Volker Heiduk
BKB Ehrenvorsitzender

mus aus der Zeit des Eisernen Vorhangs nun durch den Kapitalismus als Feindbild ersetzt wird. Man kann damit auf die „Anderen“, nämlich den imperialistischen Westen zeigen, ohne sich selbst zu hinterfragen.

Fatalerweise befindet sich Europa zur gleichen Zeit in einer Phase der Europamüdigkeit, in gegenseitigen Blockaden bis hin zur Erpressung, in der Überlast von Staatsschulden, Parteien- und Regierungszersplitterung und der fatalen Gewohnheit Geld zu borgen, das man nicht hat. Bezeichnenderweise wird Kommissionspräsident Juncker oft mit seinem Ausspruch aus früheren Tagen zitiert: „Wir wissen wohl was zu tun wäre. Aber wir wissen nicht, wie wir danach wiedergewählt werden.“ Das klingt nach Resignation und Flucht in den Opportunismus. Das spüren auch die Bürger in den Mitgliedsstaaten und sie reagieren mit Europamüdigkeit. Die Abschaffung des Euro, die Renationalisierung, die Beschränkung auf einen gemeinsamen freien Markt statt Zukunftsvisionen und anderes mehr rühren an den Grundfesten der Europäischen Union. Die neuen EU-Länder rücken überwiegend nach rechts, wobei der Faschis-

Der sich unter Trump ankündigende Handelskrieg hat aber auch Effekte, die zur Hoffnung berechtigen. Es dämmert auch den Europakritikern in den eigenen Reihen, dass Europa als zentraler Pfeiler der amerikanischen Außenpolitik seine Bedeutung in der alten Weltordnung zu verlieren beginnt, wenn es sich nicht seiner Stärken besinnt. Folgerichtig haben Indien, China, die Golfstaaten, Japan und viele andere Jyrki Katainen, den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in den letzten Wochen zu einem vielbeschäftigten Mann gemacht. Es ging um Verhandlungen über engere Handelsbeziehungen. So ist es kein Zufall, dass die Kommission vor wenigen Tagen angekündigt hat, ein neues Freihandelsabkommen mit Mexiko schließen zu wollen. Die EU macht sich offensichtlich auf, zum Garanten einer multilateralen internationalen Handelsordnung zu werden, aus der sich die Amerikaner zurück-

Alles, was die bisherige westliche Welt mit ihren Grundüberzeugungen zum Wohle ihrer Bevölkerung als Erfolgsmodell schaffen konnte, droht zu zerfallen.

INHALT

	Seite 1 + 2 Das westliche Gesellschaftsmodell in der Krise
	Seite 3 Die Deckungsreserve im Verwaltungshaushalt
	Seite 4 + 5 Seminarankalender 1-2017
	Seite 5 Nachlese zur Bundespräsidentenwahl
	Seite 6 Bildungspolitik ist Kommunalpolitik
	Seite 6 Coaching/Kandidatentraining im Mai
	Seite 7 Gesetzesänderungen im Kommunalrecht
	Seite 8 Berufschance Bau für Jugendliche mit Vermittlungsschwierigkeiten

ziehen. Immerhin ist die Bevölkerungszahl der EU größer als die amerikanische. Ihr wirtschaftliches Potenzial ist größer und es wächst die Hoffnung, dass sich aus den offensichtlichen Interessenskollisionen einzelner europäischer Staaten nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich Möglichkeiten ergeben, der Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen. Die Wahl in den Niederlanden, der Hoffnungsträger Emmanuel Macron in Frankreich und vor allem die erwachte Begeisterung für Europa bei den jungen Menschen geben zur Hoffnung Anlass, dass Europa nicht nur die vielfältigen Zerfallsprozesse stoppen, sondern auch wirksame Strategien gegen den sich abzeichnenden amerikanischen Handelskrieg verfolgen kann.

Die letzten Wahlkämpfe waren geradezu Paradebeispiele von Leidenschafts- und Perspektivlosigkeit sowie von Überzeugungsfreiheit.

Unbestritten kommt der Bundesrepublik Deutschland dabei eine tragende Rolle mit mehr Verantwortung zu. Unser Land erfreut sich einer ökonomischen Stabilität mit hohen Außenhandelsüberschüssen, was uns geradezu zwingt, für den Freihandel als Kern dieses Erfolges zu kämpfen. Dennoch ist Deutschland, was Krisen betrifft, keine Ausnahme. Die politische Landschaft, traditionell von Parteien gestaltet, befindet sich zur Zeit in einer Parteienkrise. Die Volksparteien haben eine jahrelange programmatische Bewegung in Richtung Mitte hinter sich. Das andauernde inhaltsleere Beschwören der Mitte wurde zum Symptom der Entpolitisierung. Es ging einher mit der Entsorgung von Visionen, um Platz zu machen für einen neuen Pragmatismus, mit

dem auch Konzepte für die Gestaltung der Zukunft verschwunden sind. Dort, wo Volksparteien jahrzehntlang Identitäten in ihrem Milieu schufen und bei ihren Mitgliedern mit Sympathiewerten punkten konnten, haben sie auch bei Wahlen Orientierung geben können. Dieser scheinbare Ballast wurde abgeworfen, ohne dass eine tatsächliche Erneuerung stattgefunden hätte. Dadurch ist den

Volksparteien aber auch die innere Sicherheit von Sinn und Ziel verlorengegangen. Die letzten Wahlkämpfe waren geradezu Paradebeispiele von Leidenschafts- und Perspektivlosigkeit sowie von Überzeugungsfreiheit. Die Wähler konnten alles hören und finden. Eine tragende Idee, die ihnen Orientierung gegeben hätte, war weder bei den Volksparteien noch bei den am linken und rechten Rand angesiedelten kleineren Parteien zu erkennen. Die aktuell zur Wahl erstellten Parteiprogramme gleichen eher einem Bauchladen der Versprechungen. In die Zukunft gerichtet ähneln sie einem Warenhauskatalog der Wünsche mehr als einem Aufbruch in die Zukunft. Unter dem Mittedogma der Volksparteien ist deren Profil nahezu verblasst, so dass auch bei langfristigen strategischen Sachentscheidungen nicht Konzepte die Feder führen, sondern die demoskopisch erhobene situative Befindlichkeit der Bevölkerung. Die Folge davon sind oft unausgegorene Projekte. Durch Volksbefragungen dem Volksempfinden nachzuspüren wird meist eher als Ratlosigkeit und Verzicht auf das imperative Mandat denn als demokratische Mitwirkung bei der Lösung komplexer Fragen empfunden. Der Wankelmut des Publikums ist eben mit nachhaltiger Politik schlichtweg nicht vereinbar. Hinzu kommt das vom Wahlvolk empfundene Fehlen von Führungspersönlichkeiten.

Die Wähler selbst warten gespannt auf eine Reformpolitik aus einem Guss statt einem politischen Agieren und Taktieren auf Zuruf.

Andrei Plescu, Philosoph und ehemaliger Außenminister des EU-Mitglieds Rumänien, hat dieses Problem wie folgt ironisiert: „Der moderne Politiker ist Technokrat, selbst wenn er sich auf keine Technik versteht und Meister der Kommunikation, auch wenn er nichts mitzuteilen hat. Er beruft sich auf Prinzipien, Ideologien und Programme – er ist Parteimann. Später schreibt er noch Memoiren, wenn er die Szene verlässt.“

Dieses unerklärliche, ja manchmal mutlose Schweigen des politischen Führungspersonals verstärkt bei den Wählern den Eindruck, dass die wirkliche politische Macht an ihnen und ihren Parteien tendenziell immer mehr vorbeigeht. Folgerichtig bestimmen zusehends Bürgerinitiativen, PR-Profis, Spin-Doctors und Experten die Szene. Der Kernbereich der realen Politik wird dadurch immer kleiner und die Unzufriedenheit der Bürger gegenüber der Politik wirkt sich in Protesten, sinkenden Wahlbeteiligungen und einem eklatanten Mitgliederschwund der Parteien aus. Dies mit politischem Desinteresse oder gar Politikverdrossenheit zu erklären käme einer Fehldia-

gnose gleich. Projiziert man diese Entwicklung in die Zukunft, spricht dieses Verhalten eher für einen wachsenden Volkszorn und Bürgeraufbruch in Richtung Mitgestaltung jenseits der Aktivitäten der Parteien. Zeitgleich werden an den extrem rechten und linken Rändern des Parteienspektrums Konzepte geboren, die meistens einer seriösen Machbarkeitsprüfung nicht standhalten. So ist es zwar richtig, dass die Einführung des Euro ein Fehler war, zumal notwendige Kriseninstrumente nicht vereinbart wurden. Eine Abschaffung allerdings käme nach Meinung aller Experten für Europa einem Desaster gleich, so auch für Deutschland, das wegen seiner Rohstoffarmut zur Aufrechterhaltung seines Wohlstands auf eine einheitliche Währung angewiesen ist. So sind z.B. die Redebeiträge der AfD von ihren Protagonisten Petry, von Storch, Gauland, Höcke etc. und andere eher der braunen Vergangenheit als einem brauchbaren Konzept für die Zukunft zuzuordnen.

Die Wähler selbst warten gespannt auf eine Reformpolitik aus einem Guss statt einem politischen Agieren und Taktieren auf Zuruf. Sie fordern ein schlüssiges Konzept nach Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit und setzen auf ein Leitbild der Zukunft beim politischen Handeln, das nicht den Eindruck der Beliebigkeit erweckt. Bei Befragungen und Prognosen werden globale europäische, bundes- und landespolitische Motive und Interessenlagen analysiert. Indessen ist sich die Forschung seit längerer Zeit darüber einig, dass auf der politischen Ebene der Kommunalpolitik die angesprochenen Probleme eine wesentlich stärkere Rolle für die Meinungsbildung der Bürger spielen, als man bisher berücksichtigen konnte.

2018, im Jahr der Bayerischen Landtagswahl, feiern die Freien Wähler ihr 40-jähriges Bestehen. Sie haben sich stets als Spezialisten der Kommunalpolitik verstanden. Angesichts der verkannten Bedeutung der Kommunalpolitik für den Bürger und seine politische Prägung wird es in Zukunft unsere Aufgabe sein, ihm in dem aufgezeichneten Problemrahmen mehr Gehör zu verschaffen. Populismus ist keine Antwort und erst recht keine Ideologie, sondern eher die Stimmung wachsenden Unbehagens an einer politischen Kultur, die ihr Koordinatensystem verloren hat. Daran zu arbeiten sind auch die Freien Wähler in den Zeiten starken Wandels aufgerufen.

*Volker Heiduk
Rechtsanwalt
Ehrenvorsitzender des BKB
Furth im Wald*

Liebe Leserin, lieber Leser,
damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle,
Berndorfer Straße 18, 95349 Thurnau;
Tel.: 09228 9969566; Fax: 09228 9969567;
E-Mail: bkb-bayern@t-online.de
Internet: www.bkb-bayern.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum **30. Juni 2017**, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

DIE DECKUNGSRESERVE IM VERWALTUNGSHAUSHALT – ein wichtiges Mittel flexibler Haushaltsführung der Kommunen

Im Laufe des Haushaltsjahres können auch bei bester Planung des kommunalen Haushalts Umstände eintreten, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes nicht vorhergesehen werden konnten. Zur Deckung der in solchen Fällen entstehenden über- oder außerplanmäßigen Ausgaben (Art. 66 Gemeindeordnung - GO, § 87 Nrn. 4 und 33 Kommunalhaushaltsverordnung – Kameralistik – KommHV-Kameralistik) kann für

- Personalausgaben bei der Haushaltsstelle 91.470 und
 - alle übrigen Zwecke des Verwaltungshaushalts bei der Haushaltsstelle 91.850
- eine Deckungsreserve in angemessener Höhe veranschlagt werden (§ 11 Satz 1 Nr. 2 KommHV-Kameralistik).

Damit wird für all die Fälle vorgesorgt, in denen sich Haushaltsüberschreitungen nicht vermeiden lassen. Von dieser Möglichkeit wird in der Praxis regelmäßig Gebrauch gemacht, eine Verpflichtung zur Veranschlagung besteht allerdings nicht.

Was eine angemessene Höhe bei der Deckungsreserve ist, ist in den kommunalen Haushaltsvorschriften nicht näher erläutert.

Der Ausgabeansatz („Reserveansatz“) der Deckungsreserve

- ist ein so genannter „zweckfreier“ Ansatz des Verwaltungshaushalts, der bei der Erstellung des Haushaltsplans noch nicht gemäß seiner späteren Verwendung auf die entsprechenden Haushaltsstellen aufgeteilt wurde,
- wird in den Ausgleich des Haushaltsplans einbezogen, um aus ihm im Laufe des Haushaltsjahres notwendige über- und außerplanmäßige Ausgaben decken zu können,
- darf nicht überschritten oder mit anderen Haushaltsansätzen für deckungsfähig erklärt werden,
- ist eine Ausnahme vom Grundsatz der Veranschlagung nach Einzelzwecken (§ 7 Abs. 3 KommHV-Kameralistik),
- ist nicht übertragbar.

Da die Deckungsreserve dazu dienen soll, Haushaltsüberschreitungen in gewissem Umfang von vornherein in den Haushaltsausgleich einzubeziehen, ist bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt eine Veranschlagung von Mitteln der allgemeinen Deckungsreserve (UGr. 850) ausgeschlossen. Außerdem muss die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt die nach § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Kameralistik vorgeschriebene (Mindest-) Höhe erreichen, bevor eine allgemeine Deckungsreserve veranschlagt werden kann.

Inanspruchnahme der Deckungsreserve

Die Deckungsreserve dient zur Vermeidung über- und außerplanmäßiger Ausgaben (§ 87 Nr. 9 KommHV-Kameralistik); sie wird durch

Sollübertragung in Anspruch genommen. Ausgaben, die unter Heranziehung der Deckungsreserve geleistet werden, sind bei der einschlägigen Haushaltsstelle zu buchen (VV Nr. 2 Satz 2 zu § 11 KommHV-Kameralistik).

Aus der Beschränkung der Deckungsreserve auf die Deckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben folgt, dass die Entscheidung über ihre Inanspruchnahme den gleichen Bedingungen unterworfen ist, wie die über- und außerplanmäßigen Ausgaben (VV Nr. 3 zu § 11 KommHV-Kameralistik). Damit ist der 1. Bürgermeister zuständig, soweit nicht der Ge-

an den Vermögenshaushalt) Ausgaben durch Mittel der Deckungsreserve gedeckt werden.

Damit entstehen bei den Einnahmen aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Haushaltsstelle 91.30 des Vermögenshaushalts) überplanmäßige Einnahmen, die dann zur Deckung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben des Vermögenshaushalts Verwendung finden.

Aufstockung der Deckungsreserve

Eine Erhöhung der Deckungsreserve im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes ist je-



meinderat bei der Inanspruchnahme von erheblichen Mitteln der Deckungsreserve selber entscheidet (Art. 66 Abs. 1, Satz 2, Abs. 3 GO).

Zur „Erheblichkeit“ der Mittel ist eine Regelung durch Geschäftsordnung (Art. 66 Abs. 5 GO i. V. mit den allgemeinen Vorschriften des Gemeinerechts) erforderlich.

Sofern die Voraussetzungen für den (zwingenden) Erlass einer Nachtragssatzung (Art. 68 GO) gegeben sind scheidet die Inanspruchnahme der Deckungsreserve aus (Art. 66 Abs. 3 GO).

Einsatz der Deckungsreserve im Vermögenshaushalt

Mittel der Deckungsreserve dienen zur Deckung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben des Verwaltungshaushalts. Allerdings können auch bei der Haushaltsstelle 91.86 (Zuführung

derzeit möglich. Wird von der Gemeinde ein Nachtragshaushaltsplan erlassen, so kann auch anstelle der Veränderung der Haushaltsansätze bei den verschiedensten Ausgabe-Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts eine Summe als Aufstockung der Deckungsreserve veranschlagt werden.

Die Aufstockung der Deckungsreserve wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung insbesondere dann zu wählen sein, wenn sich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben über den gesamten Verwaltungshaushalt verteilen.

Hans Schaller
Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
Burglengenfeld

SEMINARÜBERSICHT DES BILDUNGSWERKES IM 1. HALBJAHR 2017

April

Sa., 1.4.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Oberbayern-West - Stammham
Sa., 1.4.17	Kommunikationstraining: Reden und Präsentieren	A. Schmitz	Niederbayern - Freyung
Sa., 1.4.17	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Oberbayern-Ost - Ainring-Feldkirchen
Do., 6.4.17	Urheber-, Bild- und Persönlichkeitsrechte ...	Freudenberger	Mittelfranken - Greding
7. bis 9.4. 17	Coaching/Kandidatentraining -AUSGEBUCHT-	Flieser	Oberfranken - Himmelkron
Fr., 7.4.17	Straßenausbaubeitragsrecht	Geyer	Unterfranken - Rauhenbrach
Fr., 7.4.17	Straßenausbaubeitragssatzung-Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Oberbayern-West - Hallbergmoos
Fr., 7.4.17	Der kommunale Haushalt zwischen Pflichterfüllung und Gestaltungsmöglichkeit	Puchta	Oberpfalz - Ammerthal
Sa., 8.4.17	Wie machen wir die Verkehrsinfrastruktur in unserer Gemeinde fit für die Zukunft. (E-Mobilität, Radverkehr etc.)	Stock	Oberbayern-West
Sa., 8.4.17	Kommunikationstraining ohne Worte - mit Körpersprache überzeugen	A. Schmitz	Oberfranken - Langensendelbach
Sa., 22.4.17	Rhetorik 1 - AUSGEBUCHT	Dehler	Mittelfranken - Röthenbach
Mo., 24.4.17	Straßenausbaubeitragssatzung	Neubauer	Mittelfranken - Weißenburg
Fr., 28.4.17	Rechnungsprüfung	Kleiber	Unterfranken - Volkach
Fr., 28.4.17	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Gemeinden	Ziegler	Niederbayern - Kollnburg
Sa., 29.4.17	Straßenausbaubeitragssatzung; Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Oberbayern-West
Sa., 29.4.17	Facebook	Freudenberger	Unterfranken - Birkenfeld
Sa., 29.4.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Oberbayern-Ost - Halfing
Sa., 29.4.17	Kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen	Stallmeister	Schwaben - Donauwörth

Mai

Fr., 5.5.17	Straßenausbaubeitragssatzung-Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Mittelfranken - Gerhardshofen
Sa., 6.5.17	Gemeinde fit für die Zukunft? Kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen	Stallmeister	Oberbayern-West
Sa., 6.5.17	Städtebauliche Erneuerung in Städten, Märkten und Dörfern	Grill	Mittelfranken - Wendelstein
Sa., 6.5.17	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Stallmeister	Niederbayern - Pauluszell
Fr., 12.5.17	Baurecht und Bauleitplanung	Wagner	Niederbayern - Regen
Fr., 12.5.17	Straßenausbaubeitragssatzung; Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Oberbayern-West - Rennertshofen
Sa., 13.5.17	Was uns antreibt - wie wir richtig motivieren	A. Schmitz	Unterfranken - Uettingen
Sa., 13.5.17	Kommunale Rechnungsprüfung	Kleiber	Schwaben - Betzigau
Sa., 13.5.17	Die kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen - Unsere Gemeinde, fit für die Zukunft?	Stallmeister	Oberfranken - Rödental
Fr., 19.5.17	Straßenausbaubeitragssatzung; Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Niederbayern - Mallersdorf
Sa., 20.5.17	Kommunikationstraining - Präsentation und öffentlicher Auftritt in der Kommunalpolitik	A. Schmitz	Mittelfranken - Rohr/Dechendorf
Sa., 20.5.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Oberbayern-West
Fr., 26.5.17	Moderation: Souveräne und effiziente Leitung von Besprechungen	Henry	Mittelfranken - Kammerstein
Fr., 26.5.17	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Stallmeister	Oberbayern-Ost, Halfing
Fr., 26.5.17	Straßenausbaubeitragssatzung: Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Niederbayern - Aidenbach
Sa., 27.5.17	Facebook für Einsteiger	Freudenberger	Oberbayern-West
26. bis 28.5.17	Coaching/Kandidatentraining	Flieser	Oberfranken - Himmelkron

Juni

Sa., 3.6.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Unterfranken - Haßfurt
Sa., 24.6.17	Facebook für Fortgeschrittene	Freudenberger	Oberbayern-West

Sa., 24.6.17	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Oberfranken - Neunkirchen a. Brand
Sa., 24.6.17	Schlagfertigkeit in jeder Situation	A. Schmitz	Mittelfranken - Röttenbach
Fr., 30.6.17	Facebook für Fortgeschrittene	Freudenberger	Oberfranken - Goldkronach
Fr., 30.6.17	Die Aufstellung eines Haushaltsplans	Kolenda	Niederbayern - Atting
Fr., 30.6.17	Straßenausbaubeitragssatzung; Grundwissen für Kommunalpolitiker und Bürger	Raab	Oberbayern-West - Unterhaching

Juli

Sa., 1.7.17	Kommunikationstraining	A. Schmitz	Oberbayern-West
Sa., 8.7.17	Präsentation und öffentlicher Auftritt in der Kommune	A. Schmitz	Oberbayern-West
Sa., 9.7.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Schwaben-Bereich Augsburg
Mi., 12.7.17	Die kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen	Stallmeister	Niederbayern - Mirkofen
Sa., 15.7.17	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO3	M. Schmitz	Oberpfalz

Das ständig aktualisierte Programm finden Sie auf unserer Homepage unter www.bkb-bayern.de

NACHLESE DER BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

25 Stimmen in der Bundesversammlung, das sind nicht nur mehr als doppelt so viele wie die Anzahl der Wahlmänner und -frauen der FREIEN WÄHLER. Das sind auch deutlich mehr Stimmen als zu erwarten war – zumal von Unionswähleuten zu hören war, dass die Fraktionsführung ganz massiv auf sie eingewirkt habe, „auf keinen Fall den FREIEN WÄHLER zu wählen“. Und auch sich die FDP hatte sich unnötig früh auf den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier festgelegt, obwohl einige FDP'ler hinter vorgehaltener Hand murrten, sie stünden unseren Wertevorstellungen deutlich näher als denen der SPD.

So erfreulich das Ergebnis vor diesem Hintergrund war, es war nicht die entscheidende Erkenntnis dieser Bundesversammlung.

Das waren zum einen die Erlebnisse der Monate zuvor: Ich habe in diesen Monaten vieles dazu gelernt. Über Deutschland, die Menschen in Deutschland und nicht zuletzt auch über die Vielfalt der FREIEN WÄHLER. Ich habe unglaublich viel Zuspruch erhalten – nicht nur für meine Person, vor allem für viele Anliegen, die mir wichtig sind und die ich offensichtlich mit sehr vielen Menschen in Deutschland teile: Das Unbehagen über eine Politik, die sich mehr um Parteikarrieren kümmert als um die Sorgen der Menschen vor Ort. Die Begeisterung, das Anpacken und die Verantwortung für das Wohl genau dieser Menschen vor Ort, die uns alle eint. Der Widerwillen gegen den Machterhalt als Selbstzweck, das Streben nach einem fairen Umgang miteinander, die Sehnsucht nach einem konsequenteren Staat, ohne christliche Werte

und die Menschlichkeit aufzugeben und nicht zuletzt die Überzeugung, dass wir reif sind für mehr direkte Demokratie.

Viele Begegnungen und Gespräche mit Bürgern, nicht zuletzt mit FREIEN WÄHLERN in ganz Deutschland, sind eine wunderbare Erfahrung. Ich habe überall einen sehr fairen und ernsthaften Umgang mit meiner Kandidatur erlebt – auch von Seiten der Medien.

Für beides möchte ich mich herzlich bedanken!

Noch etwas viel Wichtigeres, was von dieser Kandidatur ausging, habe ich aber zudem erlebt: Eine Aufbruchstimmung und ein wachsendes Selbstvertrauen bei den FREIEN WÄHLERN: Das Gefühl, dass diese Kandidatur Beispiel und Ansporn gab für politisches Engagement auf allen Ebenen – nicht zuletzt für all jene FREIEN WÄHLER, die sich noch schwer tun mit der Erkenntnis, dass jeder, der in den Kommunen etwas bewegen will, auch landes- und bundesweit mitgestalten muss, wenn die Kommunen nicht zunehmend nur auf die Brotkrümel angewiesen sein sollen, die Bund und Länder übrig lassen. Hier ist in den letzten Monaten einiges in Bewegung gekommen. Das kann nicht schaden vor einer Zeit wichtiger Wahlen!

Und natürlich habe ich auch aus der Bundesversammlung eine wichtige Erkenntnis mitgenommen: Wenn drei Parteivorsitzende im Hinterzimmer entscheiden, wer unser Staatsoberhaupt ist, wenn Prominente die Bundesversammlung nur noch als PR-Termin



Alexander Hold

wahrnehmen, ein früherer Ministerpräsident absagt, weil sein Dackel einen Bandscheibenvorfall hatte und Wählerleute den Journalisten in die Feder diktieren, sie würden sich eigentlich lieber krank melden, weil sie sich schämen, einen SPD'ler wählen „zu müssen“, wenn Wählerleute also nur noch der Fraktionsdisziplin und nicht ihrem Gewissen folgen, dann bin ich mehr denn je davon überzeugt, dass die Verantwortung zur Wahl des Bundespräsidenten beim Volk besser aufgehoben wäre als bei diesem großen Koalitionskartell. **Traut den Bürgern mehr Demokratie zu – sonst trauen Euch die Bürger nicht mehr über den Weg!**

Dafür habe ich die letzten Monate gekämpft.

Es war mir eine Ehre!
Alexander Hold



Schulen in Bayern stellen müssen – darunter Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Heterogenität, Integration und Inklusion, Demokratiebildung oder die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft.

Damit alle Kinder möglichst gleiche Chancen haben, wollen wir flächendeckend ein gut ausgebildetes Bildungssystem. Als FREIE WÄHLER fordern wir deshalb möglichst kleine Klassen und mehr Lehrer für alle Schularten. Wir wollen unsere Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleiten und fordern daher auch eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung und eine Stärkung unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems.

In vielen Bereichen der bayerischen Bildungspolitik konnten wir FREIE WÄHLER große Erfolge verzeichnen. Die Forderung nach der neunjährigen Gymnasialzeit, die wir 2014 mit unserem Volksbegehren bekräftigt haben, zeigt nun endlich die erwünschte Wirkung. Denn inzwischen sind – mit Ausnahme einiger CSU-Abgeordneter – alle Beteiligten, von den Parteien über die Regierung bis zu den Schülern, Eltern und Lehrern, auf unseren Kurs eingeschwenkt. Einem weiterentwickelten Lernzeitangebot des bayerischen Gymnasiums – verbunden mit einer Entlastung des Schulalltags und mehr Zeit für vertieften Fachunterricht sowie die Persönlichkeitsbildung und mehr Zeit für unsere Vereine und Verbände in den Kommunen – scheint nun nichts mehr im Wege zu stehen. Das ist erfolgreiche Bildungspolitik für die Zukunft unserer Kinder. Lassen Sie uns daran gemeinsam weiterarbeiten – im Land und in den Kommunen. Nur wir FREIE WÄHLER können das.

*Prof. Dr. Michael Piazzolo,
bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion und Vorsitzender des Land-
tagswissenschaftsausschusses*

Für uns FREIE WÄHLER ist Bildungspolitik seit jeher ein besonderes Anliegen – nicht nur weil unsere Kommunen als Sachaufwandsträger und teils auch als Personalaufwandsträger die Garanten für einen großen Teil der schulischen Infrastruktur sind. Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Bildung ist die Zukunftschance Nummer eins.

Unsere bayerischen Schulen sollen unsere Kinder zu wissbegierigen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Menschen erziehen. Sie bereiten gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten und unseren Vereinen vor Ort den

Weg für ein chancenreiches Leben. Von bester Bildung für unsere Kinder profitieren alle Generationen gleichermaßen. Die Landes- und Kommunalpolitik stehen dabei Hand in Hand in der Verantwortung, die besten Rahmenbedingungen zu schaffen. Genau hierfür stehen wir FREIE WÄHLER.

Unser Leitbild ist eine in das Leben vor Ort eingebettete Bildung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jede Schule größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer Unterrichts- und Organisationsstruktur hat. Denn nur so lassen sich individuelle und passgenaue Lösungen für die Herausforderungen entwickeln, denen sich die

COACHING/KANDIDATENTRAINING 26. – 28. MAI 2017 www.bkb-bayern.de

Sie möchten erfolgreich kandidieren? Egal ob für Bund, Land, Bezirk, oder ein Mandat in der kommunalen Familie, also vom Landrat oder Bürgermeister bis zum Kreis- und Gemeinderat. Ohne die dafür notwendige Vorbereitungen und Grundkenntnisse wird dies zu einem schwierigen Unterfangen.

Von der Absicht, sich aufstellen zu lassen, bis zum Erreichen eines Mandats finden sich viele Hürden und Stolperfallen. Keine Angst, wir wollen Ihnen in diesem Seminar nicht das Wahlrecht nahe bringen. Dafür gibt es andere Kurz- und Tagesseminare. Es geht beim **Coaching Wochenende** vielmehr darum, was Sie im Vorfeld einer

Wahlteilnahme unbedingt beachten sollten. Von der Auswahl des richtigen Teams, der angepassten Kleidung über rhetorische Kniffe und Kernaussagen bis zur Vorbereitung ansprechender Versammlungen, umfasst das Training alle wichtigen Bereiche, sich öffentlich positiv und selbstsicher darzustellen. Auch Nervosität lässt sich beherrschen. Sie lernen den richtigen Umgang mit Kritik aber auch wie Sie bei Interviews oder Podiumsdiskussionen punkten können.

Wichtig: Andere Bildungsträger bieten vergleichbare Seminare über einen Zeitraum von einer oder mehreren Wochen für viel Geld an. Um Ihnen entgegen zu kommen haben wir das Programm komprimiert und auf

je ein Wochenende begrenzt. Wir müssen deshalb die Teilnehmerzahl auf 10 Personen limitieren. Auch die Zahl der Seminare in den folgenden Wahljahren können wir nicht beliebig erhöhen.

Der Besuch eines Seminars in letzter Minute bringt Ihnen nicht den gewünschten Erfolg, da Sie Zeit für die Umsetzung brauchen. Wir bieten Ihnen deshalb im April und im Mai jeweils ein Seminar an; vergeben die Plätze allerdings nach Eingang. Also, gehen Sie den ersten Schritt zum Erfolg – nehmen Sie Ihre Chancen selbst in die Hand – wir unterstützen Sie.

*Klaus Förster
1. Vorsitzender des BKB*

GESETZESÄNDERUNGEN IM KOMMUNALRECHT

Die Staatsregierung hat am 6. Dezember 2016 (nachzulesen als Gesamttext unter Drucksache 17/14651) einen Gesetzentwurf zur Änderung von Kommunalgesetzen eingebracht. Es handelt sich um ein sogenanntes Artikelgesetz, das mehrere Gesetze gleichzeitig ändert. Betroffen ist das Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz, die Gemeindeordnung, die Landkreisordnung, die Bezirksordnung, das Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen und das Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit. Die Änderungen werden am 1. Mai 2017 in Kraft treten.

Die Änderungen des **Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes** sind umfangreich und werden sich zum größten Teil erst bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der nächsten Kommunalwahl bemerkbar machen. Auf diese Thematik wird zu einem späteren Zeitpunkt in einem ausführlichen Beitrag eingegangen.

In der **Gemeindeordnung (GO)** treten einige Änderungen ein, die bereits ab Mai eine andere Handhabung notwendig machen werden. Einige Punkte betreffen die Bürger/innen unmittelbar, andere mehr den internen Geschäftsgang im Gemeinderat und den Ausschüssen. Im Nachfolgenden wird auf die interessantesten Neuerungen eingegangen.

Bisher konnten in der **Bürgerversammlung** nur Gemeindeglieder das Wort erhalten. Dies bedeutet, dass nicht Wahlberechtigte (z. B. Jugendliche oder Nicht-EU-Bürger) nur nach ausdrücklichem Beschluss durch die Bürgerversammlung das Wort ergreifen durften. Nach der neuen Regelung sind alle Gemeindeglieder nunmehr redeberechtigt, ohne dass es eines Beschlusses durch die Bürgerversammlung bedarf. Hierdurch soll ein Zeichen der Offenheit und Integration gesetzt werden, aber auch der Jugend Gelegenheit gegeben werden, die Teilnahme an der öffentlichen Diskussion zu erlernen. Nach wie vor bleibt aber das Recht, an Abstimmungen in der Bürgerversammlung mitzuwirken, auf die Gemeindeglieder beschränkt.

Auch nach der bisherigen Rechtslage war es ausgeschlossen, gleichzeitig ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied in mehreren kreisangehörigen Gemeinden, bzw. Kreisrat in mehreren Landkreisen zu sein. Erlaubt war es, als Kreisrat und gleichzeitig Stadtratsmitglied einer Kreisfreien Stadt tätig zu sein. Diese - wohl eher hypothetische Konstellation - wird nunmehr untersagt. Vielmehr wird hier eine bisher unbeabsichtigt entstandene Regelungslücke (so die Begründung zum Gesetzesentwurf) geschlossen.

Neu geregelt wird in Artikel 33 GO auch der Vorsitz in Ausschüssen und es wird klargestellt, wie bei Veränderungen innerhalb des Ge-

meinderates durch Verschiebung des gewählten Stärkeverhältnisses (z. B. Parteiaustritte/Übertritte) zu verfahren ist. Nunmehr ist der erste Bürgermeister, sofern er den Vorsitz in einem Ausschuss nicht selbst wahrnimmt, berechtigt, den Vorsitz dauerhaft an ein von ihm ausgewähltes Gemeinderatsmitglied zu übertragen. Eine Zustimmung des Gemeinderates hierzu ist nicht notwendig. Die bisherige Regelung, dass zunächst die stellvertretenden Bürgermeister den Vorsitz übernehmen, wird aufgegeben. Bei Änderungen des Stärkeverhältnisses innerhalb des Gemeinderates wird eine Neuberechnung der Ausschussbesetzung vorgeschrieben. Wenn ein Gemeinderatsmitglied aus der von ihm vertretenen Partei oder Wählergruppe ausscheidet, verliert es hierdurch seinen Sitz im Ausschuss.

Notwendig war auch eine Klarstellung hinsichtlich der Vertretungsmacht des ersten Bürgermeisters im Rahmen von Verpflichtungsgeschäften und der damit verbundenen Vertretung der Gemeinde nach außen. Mit dem Einfügen des Satzes „Der Umfang der Vertretungsmacht ist auf seine Befugnisse beschränkt“ in Artikel 38 Abs. 1 GO soll klargestellt werden, dass die Vertretungsmacht des ersten Bürgermeisters im Außenverhältnis auf seine eigenen Befugnisse nach Artikel 37 GO und Zuständigkeiten und den Vollzug der Beschlüsse des Gemeinderates beschränkt ist.

Zur Frage der persönlichen Beteiligung eines Gemeinderatsmitgliedes wird in Artikel 49 GO von der Regelung „Verwandte und Verschwägerter bis zum dritten Grad“ Abstand genommen. Im Zuge der Vereinheitlichung der Rechtsordnung wird auf den im Artikel 20 Abs. 5 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes definierten „Angehörigenbegriff“ verwiesen. Dieser Personenkreis ist weiter gefasst, es sind hier zum Beispiel auch der/die Verlobte oder Pflegekinder beinhaltet. Ebenso wird bei der Vertretung von „sonstigen Vereinigungen“ eine persönliche Beteiligung des Gemeinderatsmitgliedes eintreten mit der Folge, dass es an Beratung und Abstimmung in dieser Angelegenheit nicht teilnehmen darf. Unter „sonstigen Vereinigungen“ sind zum Beispiel Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Offene Handelsgesellschaften oder Bürgerbegehren einzuordnen.

In Artikel 52 GO wird hinsichtlich der Bekanntmachung von Sitzungen des Gemeinderates das Wort „öffentlich“ eingefügt. Mit der Änderung wird klargestellt, dass sich die Pflicht



zur Bekanntgabe von Sitzungsort, -zeit sowie der Tagesordnung selbstverständlich nur auf die öffentlichen Sitzungen beziehen kann.

Komplett gestrichen wird der Artikel 55 GO, der jedoch lediglich darauf verwiesen hat, dass die Vorschriften hinsichtlich des Geschäftsganges im Gemeinderat auch für Ausschüsse gelten. Ersatzweise wird in Artikel 45 GO im geänderten Absatz 2 die Anwendung der Artikel 46 bis 54 GO (Geschäftsgang) für beschließende Ausschüsse aufgenommen, so dass sich keine inhaltlichen Veränderungen ergeben.

Abgeändert wird auch die bisher nur eine Woche dauernde Frist zur öffentlichen Auslegung des Haushaltsplanes. Neu ist, dass die Haushaltssatzung samt Haushaltsplan bis zur nächsten Bekanntmachung einer Haushaltssatzung auszulegen ist. Der Sinn dieser Vorschrift liegt wohl darin, dass sich die Öffentlichkeit auch während der „haushaltslosen Zeit“ über den Ablauf der Haushaltswirtschaft im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung informieren kann.

Lediglich klarstellenden Charakter hat die Ergänzung in Artikel 110 GO, nämlich dass die Regierungen Rechtsaufsichtsbehörden der Großen Kreisstädte sind, sofern sie übertragene Aufgaben einer Kreisverwaltungsbehörde ausführen. Diese, früher in Artikel 115 GO genannte Regelung, wird dort gestrichen.

Sinngemäß werden die oben genannten Änderungen auch an den entsprechenden Stellen der Landkreisordnung und der Bezirksordnung vorgenommen.

An dieser Stelle sollte auf die wohl in der Praxis m. E. relevantesten Neuerungen aufmerksam gemacht werden. Daneben umfasst der Gesetzesentwurf auch eine Reihe von redaktionellen Änderungen, Bereinigungen, Klarstellungen und Berichtigungen, die der interessierte Leser in der recht ausführlichen Landtagsdrucksache in den jeweiligen Begründungen selbst nachlesen kann.

Harald Kleiber
Dipl. Verw. Wirt

BERUFSCHANCE BAU BRINGT JUGENDLICHE MIT VERMITTLUNGSSCHWIERIGKEITEN IN AUSBILDUNG



„Es gibt mehr Philosophen als Fliesenleger“

Ansbach. Wie kann Jugendlichen mit schwieriger Biographie geholfen werden, einen Arbeitsplatz zu bekommen? Und wie gelingt es, die Motivation dieser Jugendlichen aufrecht zu erhalten, wenn ein Ausbildungsbetrieb ihnen eine Chance gibt? Das Pilotprojekt „Berufschance Bau“ in Ansbach versucht auf diese Fragen Antworten zu finden.

Von den zwölf Plätzen, die in der Maßnahme derzeit in Ansbach zur Verfügung stehen, sind derzeit neun belegt. Die restlichen drei Plätze befinden sich im Bewerbungsverfahren. „Wir hätten nicht gedacht, dass es so schnell geht und die Projektkapazitäten bereits nach so kurzer Zeit ausgeschöpft sind“, berichtet Lissi Meßner vom Projektträger EJSa Rothenburg stolz beim Gespräch mit der Landtagsabge-

ordneten Gabi Schmidt. Eingebunden ist es in ein gemeinsames Pilotprojekt der EJSa Bayern mit dem Landesverband Bayerischer Bauinnungen, das auch an den Standorten Augsburg und München umgesetzt wird, insgesamt gibt es 36 Teilnehmerplätze. Als Finanziers im Hintergrund stehen die Bundesagentur für Arbeit und der LBB, die in Person von Wilhelmine Meyer von der Arbeitsagentur und Bauinnungs-Ausbildungsexperte Olaf Techmer auch am Gespräch teilnahmen. „In der Regel kommen Betriebe oder Schulen auf uns zu und melden junge Leute, die zunächst als nicht geeignet für eine Ausbildung erscheinen. Nach einer Prüfung, ob das Konzept für diese Personen passt, vermitteln wir zunächst ein Praktikum in einem Betrieb im Baugewerbe. Wenn Betrieb und Kandidat weiterhin an der Lehre interessiert sind, beginnt die Assi-

stierte Ausbildung, also eine normale Ausbildung flankiert von einer engen Betreuung des Auszubildenden durch unsere Sozialpädagogen“, erläutert Meßner die Idee. Das Projekt beschränke sich auf das Baugewerbe, da hier Auszubildende besonders dringend gesucht werden und die Bauinnung sich gerne in diesem Bereich engagieren will.

Schmidt, die die Freien Wähler im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags vertritt, zeigt sich im Anschluss an das Gespräch begeistert: „Ich bin selbst Maurerstochter und weiß, wie erfüllend ein Job im Baugewerbe sein kann. Wer wie ich derzeit ein kleines privates Bauvorhaben betreibt, hat sicher aber auch schon festgestellt, dass man heute leichter einen Philosophen bekommt als einen Fliesenleger.“ Christine Volland, Geschäftsführerin der Birkel-Bau GmbH und Innungsoberrmeisterin der Bauinnung Ansbach-Feuchtwangen bestätigt den Erfolg der Maßnahme in der Praxis. „Das Baugewerbe hat inzwischen leider ein schlechtes Image und wir bekommen nicht mehr die Azubis, die wir uns wünschen. Da müssen wir nachqualifizieren, nicht nur fachlich, sondern auch bei Manieren und Auftreten. Alleine schaffen das die Betriebe aber nicht.“ Somit schlägt „Berufschance Bau“ zwei Fliegen mit einer Klappe: Die heimischen Betriebe der Baubranche bekommen dringend benötigten Nachwuchs und die Jugendlichen, um die sich sonst keiner kümmert, erhalten eine zweite Chance.

Einer, der diese Chance unbedingt beim Schopfe packen möchte, ist Alexander Spreng. Nach mäßigem Erfolg in der Schule und einer abgebrochenen Lehre als Koch ist er seit September vergangenen Jahres als Azubi im Bereich Tiefbau bei

Birkel-Bau beschäftigt. „Ich bekomme zum Beispiel Nachhilfe in Mathe und finde es gut, dass man sich mit allen Problemen jederzeit an die EJSa-Mitarbeiter wenden kann.“ Vier bis neun Stunden müssen die Projektteilnehmer neben dem normalen Ausbildungspensum pro Woche zusätzlich ableisten. „Das zeigt mir auch, dass sie es wirklich wollen“, meint Geschäftsführerin Volland dazu. Einstimmig wurde das Projekt abschließend als großer Erfolg gewertet und Landtagsabgeordnete Schmidt versprach, sich für die flächendeckende und bedarfsgerechte Ausweitung der Assistenten Ausbildung einzusetzen.

*MdL Gabi Schmidt
Sozial- und familienpolitische Sprecherin,
Mitglied im Sozialausschuss*

**LEITFADEN
PRESSEARBEIT**

www.bkb-bayern.de



**BESTELLUNG UNTER
[WWW.BKB-BAYERN.DE
/BESTELLUNG.HTML](http://WWW.BKB-BAYERN.DE/BESTELLUNG.HTML)**